

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abz. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturfen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Volkshoch-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 17 | Altensteig, Freitag den 22. Januar 1932 | 55. Jahrgang

Gröner fordert Gleichberechtigung für Deutschland

Berlin, 22. Januar. In der neuen Wsa-Tonwoche, die heute abend zum ersten Mal laufen wird, ist der Abrüstungsfrage ein besonderer Teil gewidmet. Durch Erzählungen wird die militärische Stärke der einzelnen Völker dargestellt. Im Rahmen dieses Teiles der Wsa-Tonwoche wird eine Rede des Reichswehrministers Gröner über die Abrüstungsfrage, die dieser der Wsa-Tonwoche zur Verfügung gestellt hat, wiedergegeben. Die Rede des Reichswehrministers hat folgenden Wortlaut: Inmitten einer Weltkriege ohne gleichen geht Deutschland in den schweren Kampf der Abrüstungskonferenz. Der Versuch der Friedensverträge hat die Menschheit an den Rand des Abgrundes gebracht. Das deutsche Volk ist nicht länger gewillt, duldendes Objekt dieser Politik der Unvernunft zu sein. Aus der Not der Vergangenheit erwacht ihm der Wille zur Freiheit, zur Gleichberechtigung und zur Wiedergewinnung seiner nationalen Sicherheit. Unertzählich für das Freiheitsgefühl eines großen Volkes sind die Fesseln von Versailles, solange der Entwaffnung Deutschlands nicht die feierlich verpfändete Abrüstung der Siegermächte in gleichem Umfang und nach den gleichen Methoden folgt. Der Völkerbund muß Deutschland Gleichberechtigung in der Wehrfrage bringen, oder er zerstört die Grundlagen, auf denen er ruht.

Es darf nicht zweierlei Recht für Sieger und Besiegte geben. Umringt von waffenstarken Nachbarn, finanziell und wirtschaftlich bis ins Mark getroffen, kann Deutschland keine nationale Sicherheit nur durch Abrüstung der Siegermächte, nicht durch Teilnahme am Wettstreit wiedergewinnen. Deutschland verlangt aber das gleiche Maß an Wehrhoheit wie die anderen Mächte. Der Kampf in Genf wird schwer werden. An Lösungen zu schwachen Kompromissen wird es nicht fehlen. Umso mehr gilt es, in geschlossener Front für die untastbaren Ansprüche Deutschlands einzutreten.

Die gleichen Ausführungen wurden auch der Deuling-Tonwoche zur Verfügung gestellt.

Eine Erklärung Lantons

London, 21. Jan. „Daily Mail“ hatte sich in einem Leitartikel, in dem sie für Selbstbehaltung der Reparationen eintrat, auf die Londoner Rede Sir Walter Lanton vom 13. Januar berufen. Lanton übernahm dem Blatt eine längere Erklärung, worin es heißt, das Herausstreifen eines Teiles seiner Rede aus dem Zusammenhang gebe einen falschen Eindruck von seiner Haltung gegenüber dem Reparationsproblem. Er habe in seiner Rede ausgesprochen, daß es viel besser für alle Beteiligten einschließlich England wäre, wenn die politischen Zahlungen vollkommen annulliert wären. Lanton bespricht dann die überaus häufigen Weisungen der Reparationen und zieht aus dieser Darlegung folgende Schlusfolgerungen:

1. Es ist viel besser, die Kriegsschulden zu annullieren, als das Risiko einer neuen Störung nach dem Vorbild der Störung der beiden letzten Jahre einzugehen.
 2. Es ist von größter Wichtigkeit, eine endgültige Resolution so schnell wie möglich zu erwidern, denn der Prozeß des Wiederaufbaues kann nicht beginnen, solange diese Zahlungsverpflichtungen über der Welt hängen.
 3. Wenn es für die Vereitlung eines Weges zu einer allgemeinen Vereinbarung notwendig ist, daß einige Zahlungen geleistet werden, um bestimmte besondere Aufgaben zu decken, dann sollten die von Deutschland bezahlten Summen so bescheiden sein, daß sie die Zahlungsbilanz des normalen Welthandels nicht ernstlich stören können.
- Lanton betont schließlich, daß er im Einvernehmen mit seinen Kollegen vom Baseler Sachverständigenausschuss sehr überzeugt sei, daß eine endgültige Festlegung der deutschen Verbindlichkeiten zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine dringende Notwendigkeit für die Erholung der Welt sei.

Niesige Devisenschiedungen aufgedeckt

Berlin, 21. Jan. Ein Fall von Devisenschiedungen, in dem es sich um Millionenbeträge handelt, ist von Beamten der Zollfahndungsstelle aufgedeckt worden. Der Bankier Dr. Gutbers, der Vertreter des Bankhauses Singer u. Friedländer, das seinen Stammsitz in London hat, ist verhaftet worden. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Verhaftungen von Bankiers und Privatpersonen erfolgen werden.

Die ersten Devisenschiedungen, die Dr. Gutbers in Vertretung seines Hauses in Deutschland durchführte, entsprachen den geziel-

Die Reparationskonferenz noch ungeklärt

Noch keine amtliche Mitteilung

Berlin, 21. Jan. Zu den von ausländischer Seite gebrachten Meldungen über eine Verschiebung der Reparationskonferenz erfahren wir an unterrichteter Stelle, daß bei der Reichsregierung amtlich von einer Verschiebung der Konferenz noch nichts bekannt ist. Es könnte nur immer wiederholt werden, daß Deutschland an seinem alten Standpunkt festhalten müsse, da angesichts der Gefährdung der allgemeinen Weltwirtschaftslage eine Entlösung des Reparationsproblems umgehend erforderlich sei.

England erwartet Reparationskonferenz ohne vorherige Zustimmung Deutschlands zur Moratoriumverlängerung

London, 21. Januar. Hiesige unterrichtete Kreise vertreten die Ansicht, daß die in der Frage der Abhaltung der Konferenz von Lausanne geführten Besprechungen den toten Punkt noch nicht überwunden hätten. Man gibt offen zu, daß es sich um eine sehr ernste Stokung handele, hegt jedoch weiter die Hoffnung, daß im Laufe der allerersten Tage eine Formel gefunden werde, die die Abhaltung der Konferenz in naher Zukunft ermögliche. Man hält es für durchaus möglich, daß man sich schließlich dahin einigen wird, die Meinungsverschiedenheiten, die bisher nur in den diplomatischen Verhandlungen zu Tage getreten sind, in öffentlicher Konferenz der Regierungsvertreter zu behandeln. Unter diesen Umständen könnte damit gerechnet werden, daß in naher Zukunft eine Reparationskonferenz ohne vorherige Zustimmung Deutschlands zu einer Verlängerung des Hoovermoratoriums stattfinden werde. Die hier entschieden vorgedachte Tatsache, daß für Deutschland eine derartige Verlängerung nicht in Frage kommen kann, ist endgültig zur Kenntnis genommen worden.

Frankreich brüskiert die Welt

Berliner Presseäußerungen gegen die unnachgiebige Haltung Frankreichs

Berlin, 22. Januar. Ein Teil der Berliner Presse beschäftigt sich mit den Auswirkungen der unnachgiebigen Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage auf die gesamte wirtschaftliche Lage der Welt. Die „Germania“, die von Frankreichs Katastrophopolitik spricht, bezeichnet die Gründe der französischen Regierung für ihre Unnachgiebigkeit als keineswegs stichhaltig. Am allerwenigsten sei es der Hinweis auf die Erklärungen des Reichskanzlers, die lediglich durch Interpretation des Baseler Gutachtens die Arbeit der Lausanner Konferenz vorbereiten und klären sollten. Gerade wenn sich die französische Regierung immer wieder auf den Wort-

lichen Bestimmungen. Mit Erlaubnis der hiesigen Devisenstelle brachte er deutsche Wertpapiere vom Londoner Markt nach Berlin. Später tauschte er diese Wertpapiere hier gegen andere deutsche um. Diese neuen Stücke sollte er dann wieder mit nach London nehmen. Die Papiere, mit denen er hier Geschäfte machen wollte, hatten einen Wert von über 1 Million Mark. Die Beamten der Zollfahndungsstelle brachten aber in Erfahrung, daß Dr. Gutbers die neuerstandenen Wertpapiere nicht nach London überwie, sondern daß er mit verschiedenen kleinen Kommissionshäusern und Privatbankiers in Verbindung trat. Er verkaufte die untauglichen deutschen Wertpapiere und richtete bei seinen Geschäftsfreunden Reichsmarkkonten ein. Die Bestimmungen besagen nun, daß diese Bankkonten als sogenannte Sperrkonten geführt werden müssen und der Kontoinhaber nicht mehr das Recht hat, über die Gelder frei zu verfügen. Dr. Gutbers handelte entschieden gegen diese Bestimmungen. Anscheinend haben englische Firmen nicht nur durch Vermittlung von Gutbers ihre Schulden bei deutschen Firmen in Reichsmark abbezahlt, sondern auch Einkäufe getätigt. Als Dr. Gutbers jetzt nach Marienbad fahren wollte und damit deutsches Reichsgebiet verlassen hätte, wurde er von den Beamten aus dem Zuge heraus verhaftet. Ueber eine halbe Million RM. sind bereits beschlagnahmt worden.

Der Arbeitsmarkt

5 966 000 Arbeitslose am 15. Januar

Berlin, 21. Jan. Am 15. Januar 1932 waren bei den Arbeitsämtern rund 5 966 000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit dem Jahresende belief sich auf annähernd 300 000. Seit dem Tiefstand des vergangenen Sommers ist die Arbeitslosenzahl um rund 2 012 000 gestiegen. Gegenüber dem letzten Stichtage hat die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonarbeitsberufen um 4,4 v. H., in den übrigen Berufsgruppen um 5,9 v. H. zugenommen.

laut des Youngplanes berufe, könne sie nach dem Abschluß der Baseler Beratungen die Konferenz mit keinerlei Vorwänden sabotieren. Frankreich würde sonst in der ganzen Kulturwelt als demühter Friedensstörer angesehen werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Torpedierung der Konferenz von Lausanne nicht nur einen Schlag gegen Deutschland. Sie bedeute auch eine Bräufierung und Herausforderung der ehemaligen alliierten Frankreichs, das die englische Einladung nicht einmal beantwortete und den englischen Plan zu Schanden schlug. Frankreich denke auch nicht daran, die Vereinbarung mit Amerika zu halten, die zunächst eine europäische Initiative vorsah, sondern es zerstöre die Einleitung einer solchen Initiative und erlaube sich sogar, im vollen Widerspruch zu dem Lausanneabkommen, bei Amerika gegen eine vorherige Festlegung in der Frage der Schuldentilgung vorstellig zu werden. Den Forderungen des italienischen Regierungschefs begegne es mit offenem Hohn. Das Erstaunlichste sei, daß sich die Welt, die unter den Folgen des französischen Nachwahnsinnus leide, diese französische Haltung ruhig gefallen lasse.

Ein englischer Großbankier bezeichnet die politischen Zahlungen als Ursache der Krise

London, 21. Januar. Auf der Generalversammlung der Barclays-Bank sagte der Aufsichtsvorsitzende J. C. Coodenough, anscheinend herrsche die Ansicht vor, daß die englischen Banken große Geldsummen an Deutschland für verschiedene Ausbaumittel in unklarer Weise vorgestreckt hätten. Nach seiner Ansicht sei dies nicht der Fall. Der Aufsichtsrat glaube zuverlässig, daß die von der Bank ihren deutschen Beziehungen geliehenen Gelder als gute Forderungen betrachtet werden können und daß sie, sobald die Devisenschwierigkeiten überwunden sind, liquidiert werden würden, welches auch immer das Ergebnis der kommenden Verhandlungen über die deutschen Schulden sein würde. Die grundlegenden Ursachen der Weltkrise seien die Zolltarife und die Zahlung von Kriegsschulden und Reparationen. Wenn Frankreich der Welt gegenüber eine ebenso große Geite wie die der Balfour-Note mache, dann würde das die Welt einen großen Schritt näher an die Regelung der Wirtschaftsprobleme führen. Die politischen Zahlungen aus dem Youngplan seien in Anbetracht der bestehenden Zollschranken offensichtlich undurchführbar. Coodenough warnte vor dem Hamstern des Geldes durch Frankreich und die Vereinigten Staaten. Wenn kein Mittel gefunden werden könnte, um das Gold freier zirkulieren zu lassen, dann würde es nicht länger als Baßis für Währung und Kredite verwendet werden können und die goldhamstern Länder würden sich unvermeidlich mit enormen Verlusten abzufinden haben.

In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hausunterstützungsempfänger um rund 136 000 auf rund 1 778 000 (25,9 v. H. der unterstützten Arbeitslosen), in der Krisenfürsorge um rund 41 000 auf rund 1 547 000 (31,3 v. H.). Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen erhöhte sich bis Mitte Januar um rund 63 000 auf rund 1 629 000 (32,8 v. H.).

222 000 Arbeitslose in Württemberg und Baden

Von den bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern am 15. Januar registrierten 332 618 Arbeitslosen waren 222 196 als arbeitslos zu betrachten. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 14 511 Personen oder um 8,3 v. H. von 175 828 Personen (145 144 Männer, 30 684 Frauen) auf 190 339 Personen; davon kamen auf Württemberg 82 732 gegen 76 106 und auf Baden 107 607 gegen 99 570 am 31. Dezember 1931. Im Gesamtbesitz des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. Januar 1932 auf 1000 Einwohner 37,8 Hausunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 33,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Eine Entschlieung des Reichsrats

zu Gunsten der Länder und Gemeinden

Berlin, 21. Jan. Der Reichsrat beriet am Donnerstag die von der Regierung vorgeschlagene Zusammenfassung über die am Haushaltsplan 1931 vorgenommenen Minderungen. Auf Antrag der Ausschüsse wurde der berichtete Reichsausschuß zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig faßte der Reichsrat einstimmig eine Entschlieung in der es heißt:

Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber den Vorjahren trifft, wenn man von der Industrienlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn abläßt, nicht das Reich, son-



dem bisher ausschließlich die Länder und Gemeinden, infolge des Rückgangs der Einnahmen und der steigenden Steuern erreichen sich bei den Ländern trotz kürzester Einheitskassen noch große Defizite (sowohl für 1931 als auch im Entwurf für 1932) und keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwebender Schulden einzuleiten, während das Reich den Haushalts für 1931 und den Entwurf für 1932 vorläufig genehmigt und dabei für 1932 eine von 420 Millionen auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwebender Schulden vorgeschlagen hat. Der Reichsrat erachtet die Reichsregierung im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Lasten Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Reichsregierung insbesondere, anstelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt von 1932 für das Reich nur die bereits jetzt bereits absehbare außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen einzustellen und die darüber hinausgehenden Beträge den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung oder Deckung von Schulden zuzuwenden, um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preisstabilität stehende Belastung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird.

Ministerialdirektor Jordan vom Reichsfinanzministerium antwortete folgendermaßen:

Die Reichsregierung verkennt die Bedeutung des Problems der Wohlfahrtsverbesserung, um die es sich wenigstens zum Teil in der Entschädigung handelt, nicht. Sie hat das im Gegenteil durch verschiedene Maßnahmen auf diesem Gebiet im Laufe des letzten Jahres zum Ausdruck gebracht. Die Reichsregierung kann aber im Hinblick insbesondere auf die ungelösten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick eine Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen. Sobald hier eine gewisse Klärung erfolgt ist, ist sie gern bereit, das Problem der Wohlfahrtsverbesserung zum Gegenstand weiterer Verhandlungen im Reichsrat zu machen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages

besaß sich am Donnerstag in zweiter Lesung mit den Fragen der Pensionsfragen. Zu Beginn der Diskussion erklärte zunächst Abg. Erling (3.), daß er 22 Anträge eingebracht habe. Die Zentrumspartei wolle den christlichen Versuch unternehmen, die Pensionen zu überbrücken, damit die Frage der Pensionsfragen endlich eine Lösung in positivem Sinne finde. Es sei wünschenswert, daß die ganzen Pensionsfragen durch eine Zweidrittelmehrheit hier im Reichstage geregelt werden, damit für die Rechtsprechung eine gesetzliche Grundlage geschaffen werde.

Abg. Reil (S.) hielt es für notwendig, eine Regelung anzufordern, die dem Volkswohl und den sozialen Verhältnissen der Gegenwart Rechnung trage und die außerdem eine sichere Rechtsgrundlage schaffe.

Ministerialdirektor Weber antwortete die Anregungen des Abg. Erling und sprach sich dafür aus, dem Pensionsrecht eine verfassungsmäßige unantastbare Grundlage zu geben.

Abg. Morath fragte, wie viele Großpensionäre es jetzt nach der letzten Notverordnung noch gebe. Schätzungsweise könnten es kaum noch 100 sein. Demgegenüber wurde von Regierungsseite erklärt, das genaue Erhebungen noch in Arbeit seien, daß diese höchste Zahl wohl aber überschritten werde, wenn man alle Beamte, auch die der Länder und Gemeinden berücksichtige.

Abg. Dorems (Dn.) erklärte, daß seine Fraktion bei der ersten Lesung lediglich zum Ausdruck gebracht habe, daß sie grundsätzlich diesen Weg nicht mitgehen könne. In der ganzen Tendenz läßt die Deutschnationale eine Zerrüttung des bisherigen Pensionsrechtes und anstelle einer Garantierung der Pension nur noch eine Unterbrechung im Wohlstandswesen (Exzente Generäle).

Abg. Rohmann (S.) trat in schärfster Weise der Auffassung des Abg. Dorems entgegen. Auch der vorliegende Gesetzentwurf beginne erst mit den Kürzungen bei 7000 bzw. 8000 Reichspension.

Abg. Erling (3.) erklärte, daß die Auffassung des Abg. Dorems auf das entscheidende zurückgewiesen werden müßte. Die Zentrumspartei treibe grundsätzlich auf dem Boden der Erhaltung des Berufsbeamtenrechts und des Pensionsrechtes. Es sollten lediglich Kürzungen in Bezug auf die Großpensionäre endlich aus der Welt geschafft werden.

Der Ausschuss erledigte die Einzelberatung bis zum Samstag 15. In einigen Punkten wurden die Beschlüsse erster Lesung durch die Wiederbestellung der Regierungsvorlage ersetzt.

Wieder Fürstenabfindungen

Rechtsausschuß des Reichstages

Berlin, 21. Jan. Der Rechtsausschuß des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung des sozialdemokratischen Antrages über die Revision der Fürstenabfindungsverträge. Nach dem in Gesetzesform gefaßten Antrag sollen die Länderregierungen ermächtigt werden, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der kaiserlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen und die Auseinandersetzungsverträge unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notlage zu revidieren.

In der Ausschussberatung entspann sich zunächst eine längere Geschlossenheitsdebatte. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß die Regierung noch nicht im Besitze ausreichenden Materials der Länder sei und aus diesem Grunde für eine Beratung der Angelegenheit eintrete. Ein vorkonstituierender Beratungsausschuß wurde aber schließlich mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Für die Beratung stimmten nur die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen. Alle übrigen Parteien stimmten gegen den Beschlusseinstellung.

Abg. Wagner (S.) erklärte zur Begründung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, es handle sich darum, zu verhindern, daß man ansehnlich der gegenwärtigen Notzeit und der Notverordnungen ausgerechnet vor den ehemaligen Fürsten und den Besiegern von kaiserlichen Renten halt mache. Der Redner betonte, daß es sich um einen revolutionären Akt handle.

Abg. Dr. Everling (Dn.) erklärte, von den Ländern hätten Bayern, Sachsen und andere schon vor Jahren erklärt, daß sie

die Materie nicht wieder aufzurollen wünschten. In Preußen habe das Parlament dasselbe kundgetan.

Abg. Emminger (Dn.) bezeichnete das Material der Beratung als so dürftig, daß man den Antrag gleich ablehnen könne.

Abg. Henninger (K.) leitete einen Antrag vor, der die Länder verpflichtete, alle Zahlungen einzustellen. Im übrigen sei Enteignung und Ausweisung der Fürsten das Ziel seiner Partei.

Von der Mitte und der Rechten wurde darauf erneut angezogen, von der Regierung zunächst vollständiges Material einzufordern und die Beratung solange auszusetzen. Eine Entscheidung wird erst am Freitag erfolgen.

Politischer Entführungsversuch

Ein zweiter „Fall Rutikoff“

Sofia, 21. Jan. Großes Aufsehen erregt hier ein politischer Entführungsversuch, der an den Fall des Generals Rutikoff in Paris erinnert. Sowjetrussische Sendlinge hatten den Antrag erhalten, sich des in Rumänien lebenden Diplomaten Rutikoff zu bemächtigen und ihn nach Russland zu bringen. Er war im Jahre 1921 diplomatischer Vertreter der Sowjetunion in Bern. Später schloß er als Privatsekretär Stalins die Politische Polizei. Dann wurde er nach Konstantinopel entsandt, wo er in den Verdacht geriet, mit Trotski in Verbindung zu stehen. Er wurde zurückberufen, weil er sich aber, nach Moskau zurückkehren. Seitdem galt er als erbitterter Gegner der Sowjets. Der Kapitän eines in Konstantinopel liegenden arabischen Dampfers hatte sich bereit erklärt, Rutikoff nach Odessa zu bringen. Der Kapitän ist verhaftet worden.

Neue Unruhen in Spanien

Madrid, 21. Jan. Zwischen Maureja und Vergas in der Provinz Barcelona sind Unruhen ausgebrochen. Die Regierung hat ein Paries Gendarmenkontingent aus Saragossa an den Schauplatz der Unruhen entsandt. Außerdem haben zwei Jägerbataillone, eine Eskadron Kavallerie und Artillerietruppen Marschbefehl nach Maureja erhalten. Der Ministerpräsident unter dem Vorsitz des Präsidenten Alcalá Zamora zusammengetreten, um sich mit diesen Geschehnissen zu befassen. Nach Schluß der Beratungen erklärte der Arbeitsminister, die Regierung sei fest entschlossen, die Unruhen mit größter Energie zu unterdrücken. Der Innenminister machte folgende Mitteilungen: Zwischen Maureja und Vergas ist ein revolutionärer Generalstreik ausgebrochen. Die Aufständischen haben eine Eisenbahnlinie besetzt und sich der Telefonleitungen, einschließlich der Telephonzentrale in Navascon sowie eines Pulver- und Dynamitmagazins bemächtigt. Der Ministerpräsident glaubt, daß die Urheber der Bewegung unter den Anarchisten zu suchen sind.

Straßenkämpfe in Schanghai

Schanghai, 20. Jan. In Schanghai brachen am Mittwoch früh neue Unruhen aus. Tausende von Japanern strömten durch die Straßen und griffen die chinesische Bevölkerung an, um einen chinesischen Angriff auf japanische Schiffe zu rächen. Die Japaner bewarnten die Chinesen mit Steinen, zertrümmerten Hunderte von Schaufenstern und zündeten drei chinesische Fabriken in Brand. An verschiedenen Stellen kam es zu Feuergefechten zwischen der chinesischen Polizei und Kundschaftern. Dabei wurden zwei chinesische Polizeioffiziere und ein Japaner getötet. Später ging die Welle gegen die internationale Niederlassung vor. Auf beiden Seiten wurde scharf geschossen und eine ganze Anzahl von Personen wurde schwer verwundet, darunter ein englischer Polizeioffizier. Die internationale Niederlassung wurde in Verteidigungszustand gesetzt. Die im Hafen liegenden japanischen Kreuzer schickten Geschützkugeln und japanische Matrosen freuten sich über die Stadt. Der Oberbefehlshaber des japanischen Geschwaders hat nach Tokio um Verstärkung telegraphiert. Am Nachmittag konnte die Ruhe einhergehen wieder hergestellt werden.

Neues vom Tage

Kabinettsitzung über Osthilfe

Berlin, 21. Jan. Die Verhandlungen des Reichstages über Osthilfeangelegenheiten sind heute noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Hinsichtlich der Umschuldung sind noch Besprechungen mit der Reichsbank notwendig. Wie wir hören, legt der Ostkommissar, Reichsminister Schlange-Schöningen, besonderen Wert darauf, daß eine sowohl für die Gläubiger wie für die Schuldner befriedigende schnelle Lösung gefunden wird. Die Beratungen werden voraussichtlich morgen fortgesetzt werden. Die Frage der Sicherung der Beschaffung von Düngemitteln ist noch nicht zur Erörterung gekommen, da die Beratung des Umschuldungsproblems die ganze Zeit der heutigen Kabinettsitzung in Anspruch genommen hat.

Zahlungsseinstellung der Evangelischen Zentralbank

Berlin, 21. Jan. Die Evangelische Zentralbank hat heute ihre Zahlungen eingestellt und ihre Schalter bis auf weiteres geschlossen. Wie die Bank mitteilt, ist ein Verzögerungsbericht eingeleitet worden. Eine Nachricht darüber wird den Gläubigern der Bank in den nächsten Tagen gegeben.

218 Urkundenfälschungen im Sklarekprozess

Berlin, 21. Jan. Im Verlauf des Sklarekprozesses wurde die Fälschung von 218 Urkunden erörtert, die Lehmann vorgenommen hat. Der Buchhalter Lehmann erklärte, daß er die Urkunden von 1929 bis zum Zusammenbruch gefälscht habe. Leo und Willi Sklarek bestritten, etwas davon gewußt zu haben. Aus den Vorhaltungen des Vorsitzenden ergab hervor, daß Leo Sklarek seine Aussage genau den in einem Kaffiber entbotenen Anweisungen angepaßt hat. Leo und Willi Sklarek bestritten, einen Kaffiber erhalten zu haben. Bei der Erörterung einzelner Fälschungen gab der Buchhalter Lehmann an, daß er die Urkunden an den Fälschern von Max Sklarek erhalten hätte.

Die verurteilten „Gejoster“

Sonneberg, 21. Jan. In einem nahen Orte hatten neun Dorfmädchen aus Heublich eine Theateraufführung besucht. Vier Jungen, die sich vorgenommen hatten, die Mädchen zu erschrecken, tauchten plötzlich, als diese in angeregter Stimmung spät nachts heimwärts gingen, in weißer Verkleidung auf. Sie kamen aber an die Unrechten. Die Mädchen gingen zum Angriff über und schlugen auf die „Gejoster“ derart mit den Fäusten und einem am Wege gefundenen Besenstiel ein, daß es nicht schwer fiel am nächsten Tage festzustellen, wer an dem nächtlichen Soufflet teilgenommen hatte.

Die Stimmen von Manchester

London, 21. Jan. Eine 62jährige Frau verlangte vor dem Polizeirichter von Manchester die behördliche Trennung von ihrem Mann, mit dem sie seit 37 Jahren verheiratet ist, wofür beide seit fünf Jahren nicht ein Wort miteinander gesprochen haben, obwohl sie im selben Hause leben. Vor fünf Jahren fragte der edle Gatte, als seine Frau einen schweren Grippeanfall überlebt hatte, weshalb sie nicht diese traurige Erde verlassen habe, damit er die Frau, die er liebe, heiraten könne. Nach diesem Höflichkeitsanfall des Gatten haben beide kein Wort mehr gewechselt.

Soncoue französischer Delegationsoffizier im Völkerbundrat

Paris, 21. Jan. Das Büro des Ministerpräsidenten teilt zur Frage des Vorsitzes der französischen Völkerbundsdelegation mit: Da der Ministerpräsident und Außenminister gegenwärtig Paris nicht verlassen kann, und da der Ständige französische Völkerbundsdelegierte Briand aus Gesundheitsrücksichten verhandelt ist, wird Senator Paul Soncoue sich als französischer Vertreter zur ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates, die am 25. Januar beginnt, nach Genf begeben.

Auflösung des japanischen Parlaments — Neuwahlen

Tokio, 21. Jan. Das Parlament trat nach der Neujahrespause wieder zusammen und wurde aufgelöst, und der Regierungspartei, die gegenwärtig von 466 Kammermitgliedern nur 171 inne hat, die Möglichkeit zu geben, durch Neuwahlen eine arbeitsfähige Mehrheit in der Kammer zu erlangen. Die Neuwahlen dürften am 20. Februar stattfinden.

In einem Münchener Straßenbahnwagen sprechen zwei Damen französisch. Das hört einen Herrn mit Jägerhut und Gamsbart erhebt sich und er ersucht die Damen in schärfstem norddeutschem Tone, es zu unterlassen. Ein wider Münchener misst sich sofort hinein: „Sie Herr! Wie kommen denn jetzt Sie dazu, die Damen da zu belästigen? Bei uns in der Münchenerstadt gibt keinen Kassenhof und schon gar keinen Kassenhofstänchenhof. Gott sei Dank! Das merkens Gana — Sie Saupreuh!“

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 22. Januar 1932.

Krankenbeförderung auf der Reichsbahn. Zur Beförderung von Kranken stehen der Reichsbahn besondere Krankenwagen und Krankenabteilwagen 3. Klasse zur Verfügung. Bei Benützung eines Krankenabteilwagens sind mindestens 12 Fahrkarten 1. Klasse der betreffenden Zuggattung zu lösen. Die Beförderung in Krankenabteilwagen 3. Klasse erfolgt gegen Lösung von mindestens 8 ganzen Fahrkarten 3. Klasse der betreffenden Zuggattung für die Kranken, wobei 2 Begleiter unentgeltlich mitbefördert werden. Auf größeren Bahnhöfen stehen zur Beförderung von Kranken innerhalb des Bahnhofstrahls, Fahr- und Rollstühle zur unentgeltlichen Benützung zur Verfügung. Sie können auf allen Bahnhöfen gegen eine geringe Gebühr schriftlich, telegraphisch oder durch Fernsprecher vorbestellt werden. Die Benützung von Gepäckaufhängen wird unentgeltlich, jedoch unter Ablehnung der Haftpflicht gestattet. Auskunft erteilen die Bahnhöfe.

Die Zeitungs-Katalog 1932. Soeben ist die neue 57. Ausgabe des Zeitungskataloges der Ala Anzeigen-Alliengesellschaft für das Jahr 1932 erschienen. — In der neuen Ausgabe haben in gewohnter sorgfältiger und sachkundiger Bearbeitung die während des vergangenen Jahres zahlreich erfolgten Neuererscheinungen, Abgänge und Veränderungen auf dem Gebiete des Zeitungswesens des In- und Auslandes Berücksichtigung gefunden. — Das in neuem, geschmackvollem Gewande erscheinende und trotz des reichhaltigen Inhalts handliche Werk ist ein zuverlässiges und unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Interessenten. — Im Geleitwort zu ihrem Kataloge sagt die Ala: „Die Breiten- und Tiefenwirkung, die die Anzeigenwerbung bei planmäßiger Streuung und werbewirksamer Gestaltung im Sinne der Eröffnung möglichst weiter Schichten der Unworbenden und einer möglichst intensiven Darbietung des Werbezweckes anzuwenden imstande ist, stellt die sicherste Bürgschaft für die Preiswürdigkeit dieses Werbemittels dar. Das Beste ist immer am billigsten. Als zuverlässigster Träger des Werbezweckes ist die Anzeige in der Gegenwart schlechterdings unentbehrlich und unerlässlich.“ Zeitfresser kann der besondere Wert der Zeitungsanzeige nicht ausgedrückt werden. — Die neue Ausgabe des Kataloges ist daher nur zu begrüßen.

Schönbrunn, 21. Januar. (Explosion.) Im Hause des Michael Koller erfolgte gestern Abend eine Explosion, deren Wirkung fürchtbar war. Die Vorderwand des Hauses ist über dem Erdgeschoss fast vollständig zertrümmert. Die Fensterverkleidungen samt Rahmen wurden hinausgeschleudert. Das Glas ist vollständig zersplittert. In den Nachbarhäusern sind einige Fenster zersprungen. Der Hausbesitzer hat einen Schlüsselbeinbruch und Verletzungen am Kopf und die Hausfrau Quetschungen an Kopf und Arm erlitten. Glücklicherweise ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

Neuenbürg, 20. Januar. Gestern Abend verunglückte auf der Straße von Neuenbürg nach Gräfenhausen der etwa 30 Jahre alte Fritz Keller von Gräfenhausen. Er hatte mit zwei anderen Leuten auf dem Bahnhof in Neuenbürg Zuckerrüben geholt. Auf dem Heimweg kam der schwerbeladene Wagen auf der abschüssigen Straße ins Rutschen. Keller, der zu Hilfe eilen wollte, ging ein Rad über das Bein, so daß er ins Bezirkskrankenhaus Neuenbürg gebracht werden mußte.

Foltringen, 20. Januar. Bürgermeister Römer, bei dem in der letzten Woche vom Oberamt eine Untersuchung



seiner Amtsführung vorgenommen wurde, verzichtete gegen eine Abfindung von 1000 Mark auf sein Amt. Es trat zu Tage, daß sich Bürgermeister Römer in Geldsachen nicht ganz einwandfrei benommen hat. Es handelt sich jedoch um Dinge mehr privater Natur und nicht um eine Schädigung der Gemeindefasse. Bürgermeister Römer wurde dann vorläufig seines Amtes enthoben zwecks Durchführung eines Disziplinarverfahrens.

Herrenberg, 20. Januar. Im Bezirk Herrenberg wurden in den letzten Jahren u. a. auch verschiedene Kartoffelsorten angepflanzt und auf Ertrag geprüft. Gestern abend nun wurden die Kartoffeln vom Hausfrauenverein auf ihre Güte geprüft; es versammelten sich zahlreiche Mitglieder des Hausfrauenvereins, um die Kartoffeln in verschiedenen Zubereitungen zu genießen. Die Beurteilung fiel zu Gunsten der sog. „Industrie“-Kartoffel aus. Landesökonomierat Hof sprach über die Züchtung neuer Kartoffelsorten. Anschließend wurde noch über die Verwendung des Papiers im Haushalt gesprochen.

Reutlingen, 20. Januar. (Der Hund mit dem Hasen.) Gestern abend, kurz nach 6 Uhr, entstand auf dem Karlsplatz ein kleiner Aufruhr. Trotzte da ein großer Wolfshund über den belebten Platz. Im Maul trug er einen ängstlich zappelnden Hasen, den er aus einem Stall gestohlen hatte. Hundestreifen fürchte eine schreiende Kindermenge. In seiner Not schloß sich dann der Dieb in einen Hausgang, wo ihm das ängstlich zitternde Haslein noch lebend abgenommen werden konnte.

Selgetsweiler (Hohenjoller), 20. Januar. (Von einer stürzenden Tanne getroffen.) Der 75jährige Landwirt Johann Lutz wurde dieser Tage auf dem Weg zu seiner Tochter in Kalkhofen von einer fallenden Tanne getroffen. Da er schwerhörig ist, überhörte er die Zurufe der Holzfäller und ließ in den stürzenden Baum. Er wurde ziemlich schwer verletzt.

Stuttgart, 21. Jan. (Die Deutsche Volkspartei zu den Landtagswahlen.) Eine Ausschüßung der Ortsgruppe Stuttgart innerhalb der Deutschen Volkspartei, die unter dem Vorsitz von Stadtrat Krämer am Dienstag abend im Hotel Dierlamm tagte, beschloß einstimmig, der am 31. Januar stattfindenden Landesversammlung vorzuschlagen, daß die Landtagswahl selbständig und nur mit eigenen Kandidaten durchgeführt wird.

Arbeitslose. Im Arbeitsamtbezirk Stuttgart zählte man am 15. Januar 20 539 Unterstützungsempfänger. Davon entfallen auf Groß-Stuttgart 13 267 Unterstützungsempfänger.

Eine Fernheizanlage. In der Friedrichstraße, zwischen Fürsten- und Schloßstraße, werden in diesen Tagen interessante Bauarbeiten ausgeführt. Es wird ein Fernheizkanal eingebaut. Es handelt sich, wie das Stuttgarter Neue Tagblatt berichtet, um eine Anlage, die die Räume im früheren Katharinenkloster und im Posthofamt von der zentralen Stelle des Hauptpostamts aus gemeinsam beheizen wird. In den hohen Schächten mit einer Tiefe von etwa 4,50 Meter werden Gänge eingemauert mit einer Breite von 1 Meter und einer Höhe von etwa 2 Meter. In diese Gänge werden die Heizröhren eingebaut.

Die Schwäb. Skimeisterschaft verschoben. Wie uns der Schwäbische Schneelaufbund mitteilt, muß die auf den 23. 24. Januar angelegte Austragung der Meisterschaft in Baiersbrunn wegen Schneemangels bis auf weiteres vertagt werden. — Auch dieses Jahr haben die Klemm-Flugzeugwerke in Böblingen feierliche Wettkämpfe vom 9. Schwäbischen Jugendskitag in Jona zu einer Freiflugfahrt eingeladen.

Göppingen, 21. Jan. (Unfall bei einem Fußballspiel.) Am vergangenen Sonntag wurde einem Faurandauer Fußballspieler in Salach ein Bein abgelschlagen, so daß der Verletzte ins Bezirkskrankenhaus übergeführt werden mußte.

Tuttlingen, 21. Jan. (Baden erschwert die württ. Milchschau.) In keinem Verwaltungsbericht teilte Oberbürgermeister Scherer mit, daß die Milchkontrolle der Kriminalpolizei dadurch erschwert wird, daß einzelne badische Bezirke von hiesigen Kriminalpolizeibeamten den Verfolg von Milchfälschungen auf badischem Gebiet nicht gestatten. Nach den langjährigen Erfahrungen des Untersuchungsamts sind aber nicht alle Gendarmeriestationen zur richtigen Vornahme von Milchkontrollen geeignet, so daß Veranlassung genommen wurde, hierwegen hin an die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe zu wenden.

Hegelbach O. A. Reutlingen, 21. Jan. (Beim Hochzeitsfestlichen Zeranglädt.) Beim Hochzeitsschäßen verunglückte Aug. Schäfer jr. hier. Die Ladung des Böllers ging ihm ins Gesicht, so daß das Augenlicht gefährdet ist.

Ulm, 21. Jan. (Ein Schwabenstreik.) Die gepörrte Donaubrücke im nahen Reipheim, die nun für den Verkehr freigegeben worden ist, hat schon öfters Anlaß zu heiteren Vorposten gegeben. Als kürzlich ein Hanomag-Auto des Sperrverbots wegen nicht über die Brücke fahren durfte, nahmen es zwölf biedere Schwaben auf die Arme und trugen es im Triumph stolz über die Brücke, schmunzelnd, das Verbot auf diese Weise umgangen zu haben.

Von der bayerischen Grenze, 21. Jan. (Wenn Arbeit winkt.) Beim Friedhof in Zusmarshausen erlitt infolge Erschöpfung der 21 Jahre alte Schloffer Otto Wih einen epileptischen Anfall und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Er war morgens um 1/2 Uhr in München weggegangen und hatte, weil er kein Geld hatte, den Gewaltmarsch unternommen, um möglichst bald an eine ihm verdrochene Arbeit in Stuttgart zu gelangen. Am anderen Tag setzte der arbeitshungrige Mensch seine Reise fort.

Geislingen a. St., 19. Januar. (Fuchsräude.) Die Jagdpächter, die schon bisher keine großen Ernten einheimen konnten, leiden nun auch noch Schaden durch Krankheit unter dem Wild. Die Felle der Füchse müssen vernichtet werden, da sie durch Räudekrankheit völlig wertlos sind.

Aus Baden

Florsheim, 20. Januar. Die 60 Jahre alte Witwe Friederike Kemmler mußte am Dienstag mit einer schweren Gasvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden, wo es gelang, die Vergiftung durch Sauerstoffbehandlung wieder ins Leben zurückzuführen. Die Frau, welche den Geruchsinn verloren hat, ließ versehentlich in der Küche den Gashahn offenstehen. Als sie dann im Bett lag, drang das Gas auch ins Schlafzimmer. Am anderen Tage bemerkte eine Nachbarin glücklicherweise den Gasgeruch und veranlaßte sofort die Aufbruchung der Tür und die Ueberführung ins Krankenhaus und rettete somit das Leben der Frau.

Lehengericht, 20. Januar. Der Schwerebeschädigte und zur Zeit erwerbslose Florentin Schilling von Lindenhof, hier, mußte heute nacht in das Krankenhaus Schilbach eingeliefert werden. Er war gestern abend zur Erledigung einer Angelegenheit in Schenkenzell und wurde auf dem Heimweg offenbar von einem Kraftwagen angefahren. Dessen Fahrer oder Insassen ließen den allseits beliebten, arbeitsfreudigen, um seine Familie treubestorgten Familienvater bewußtlos auf der Landstraße liegen. Die ärztliche Untersuchung ergab einen Schlüsselbeinbruch und Gehirnerschütterung.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Kündigung des deutsch-dänischen Handelsvertrages? Der Geschäftsausschuß der Vereinigung dänischer Landwirte, der 150 000 Mitglieder zählt, hat an Regierung und Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der wegen Erhöhung der deutschen Zölle für den dänischen Export die Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland empfohlen wird.

Nationalsozialisten und heftige Landtagsauflösung. Gelegentlich einer Versammlung in Groß-Gerau hat der Gauleiter und Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Lenz, erklärt, daß er es als ausschließliche Aufgabe, eine Regierung im Sinne des letzten Wahlergebnisses zustande zu bringen, so daß die nationalsozialistische Landtagsfraktion bei einer sich demnächst bietenden Gelegenheit für die Auflösung des heftigen heftigen Landtages stimmen werde.

Ein Feueranmachen mit Petroleum tödlich verunglückt. Eine 18jährige Haustochter wollte ein im Ofen noch glühendes Feuer dadurch anzufachen, daß sie Petroleum in den Ofen goss. Die Flamme schoß sofort empor und brachte die Petroleumflasche zur Explosion. Gleichzeitig gingen die Kleider des Mädchens Feuer und verursachten schwere Brandwunden, denen die Unvorsichtige im Krankenhaus erliegen ist.

Aus dem Gerichtssaal

Der Ulmer Strohenräuber vor Gericht.

Ulm, 21. Jan. Ende Oktober letzten Jahres kamen hier in einer Nacht drei schwere Ueberfälle auf der Straße vor. Ein junger Mann namens Fr. Meier, Sohn eines Stuttgarter Polizeibeamten, stellte zuerst in Neu-Ulm in der Nähe der Neuen Donaubrücke einen Mann und hielt ihm einen Revolver vor mit den Worten „Geld her“. Er hatte den Erfolg, daß der so Angefallene ihm den Geldbeutel mit circa 22 RM. Inhalt übergab. Dieser Fall wird vor dem Schöffengericht in Memmingen abgeurteilt werden. In gleicher Nacht und zwar kurz darauf, machte er die gleiche Sache noch zweimal in Ulm. Der Angefallene wurde zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Jahr Gefängnis wegen zweifachen Totschlages

München, 20. Jan. Das Schwurgericht München verurteilte den Gastwirt Schlegl wegen zweifachen Totschlages zu einem Jahr Gefängnis. Die Strafe wurde ihm unter der Bedingung erlassen, daß er bis zum 1. Januar 1937 aus Ulm Schlegl hatte am 22. Juli v. J. in einem Münchener Gasthof seine Frau und deren Geliebten durch Revolvergeschüsse tödlich verletzt.

Handel und Verkehr

Wirtschaftliche Wochenrundschau

Wörte. Seit Jahresbeginn besteht an den Börsen nicht nur Deutschland, sondern in der ganzen Welt eine einheitliche starke Aufwärtsbewegung. Vor allem trat eine Korrektur von besonders scharfen Kurstiefsen ein. Die deutschen Börsen waren in dieser Woche etwas erholter, vor allem wegen der ungelassenen außenpolitischen Lage. Die Erklärungen der Reichsregierung und der Reichsbank, daß keine Währungsreparaturen vorgenommen würden, wurden mit Genugtuung aufgenommen. Die Kursrückgänge, die für verschiedene Werte eintraten, waren jedoch nicht erheblich, da andererseits auch einige Reinnachlässe kursstärkend wirkten, ebenso die Geldverlegerung.

Geldmarkt. Die Entlastung der Reichsbank nach Ueberwindung des Jahresaltimos war außerordentlich stark und schnell. Sie beweist die starke Schrumpfung der deutschen Wirtschaft. Nach Abschluß der Stillhalterverhandlungen drückte daher die Frage einer Diskontermäßigung aktuell werden, obwohl Belgien und Griechenland längst erst ihre Diskontsätze erhöht haben. Eine läßliche Erleichterung ist neuerdings auch in der Lage der Sparkassen eingetreten. Dem Bankenkommisär ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, ein Zinsabkommen herbeizuführen. Für die haben-Zinsen enthält es Höchstätze, für die Debet-Zinsen nur Normalhöhe, weil man allen Chancen des Kreditrisikos Rechnung tragen wollte. Eine läßliche Entlastung des Kreditnehmers wird man jedoch erst von einer Diskontermäßigung der Reichsbank erwarten können. Bei den Stillhalterverhandlungen in Berlin scheint man sich nach monatelangen Verhandlungen etwas näher gekommen zu sein. Einig ist man sich über eine provisorische Verlängerung des Stillhalterabkommens auf 1 Jahr mit 10-prozentiger Rückzahlung der Rembourcredite und korrespondierende Rückzahlung der Kassa-Kredite. Die Belastung der Reichsbank durch diese Rückzahlungen in Form von Devisen könnte gerade noch erträglich sein.

Produktenmarkt. An den Produktenmärkten herrschte fast allgemeine feste Tendenz. Das Inlandsangebot war in allen Getreidearten klein. Entsprechend der etwas freundlicheren Allgemein Stimmung konnten sich teilweise kleine Preisbesserungen durchsetzen. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 228 (226), Roggen 199 (uno.), Futterernte 160 (154), Hafer 143 (142) M. je pro Tonne und Weizenmehl 32,25 (uno.) und Roggenmehl 29,25 (29) M. pro Doppelzentner. An der Stuttgarter

Landesproduktenbörse kosteten Weizen 5,50 (uno.) und Stroß 4,50 (4,25) M. pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelskennziffer ist weiter gesunken. Sie beträgt nunmehr 100,7 gegenüber 101,4 in der Vorwoche. Sie nähert sich nunmehr dem Vorkriegsstand. Nur industrielle Fertigwaren und Lebenshaltungskosten sind noch viel zu teuer. Der Preisabbau machte auch in der vergangenen Woche noch einige Schwierigkeiten, namentlich in einzelnen Handwerksberufen. Ein Kartellverbot hat der Preiskommissar für billige Manufaktur vornehmen müssen. Außerdem erließ er eine Verordnung, die den Auswahlschwung auf fast alle Gegenstände des täglichen Bedarfs ausdehnt. Mit dem Textil- und Schuhwarenhandel sind neue Verhandlungen aufgenommen. Die Senkung des Posttarifens ist nunmehr ebenfalls in Kraft getreten.

Wiedermarkt. Die Schlachtochtmärkte hatten wieder schlechtes Geschäft. Besonders an den Großviehmärkten war der Geschäftsgang sehr schleppend. Die Preise saßen in allen Gattungen nach.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 21. Jan. Weizen märk. 229 bis 231, Roggen märk. 199-201, Braugerste 158-163, Futterernte 153-158, Hafer märk. 138-146, Weizenmehl 27,75-31,50, Roggenmehl 27,15-29,10, Weizenkleie 9,60-10, Roggenkleie 9,60 bis 10, Vitoriaerbsen 21-27,50, Heine Speiserbsen 21-23,50, Futtererbsen 15-17. Allgemeine Tendenz: fest.

Märkte

Stuttgarter Schlachtochtmarkt vom 21. Januar
Zutrieb: 5 Ochsen, 4 Bullen, 20 Jungrinder, 63 Rinder, 164 Kälber, 335 Schweine. Unverkauft: 5 Jungrinder, 20 Rinder. Bullen: ausgem. 23-25 (24-26), vollst. 22-23 (uno.), K. 20-21 (uno.).
Jungrinder: ausgem. 32-35 (33-35), vollst. 25-30 (28 bis 31), K. (21-24).
Kälber: leichte Raß- und beste Saug. 35-37 (35-38), mittel 29-33 (28-34), ger. 27-28 (24-27).
Schweine: von 240-300 Pfd. 45 (41-43), von 200-240 Pfd. 45 (42-43), von 160-200 Pfd. 42-43 (39-41), Sauen 28 bis 34 (uno.). — Verkauf: Großvieh schleppend, Ueberstand, Kälber langsam, Schweine mäßig belet.

Mannheimer Schlachtochtmarkt vom 21. Jan. Zutrieb: 272 Kälber, 11 Schafe, 178 Schweine 870 Ferkel und Läufer, 1 Stege. Preise: Kälber b 34-38, c 28-32, d 25-27, Schafe b 12-22, Breite pro Stück: Läufer 18-20, Ferkel bis 4 Wochen 7-12, über 4 Wochen 14-17, Marktverkauf: Kälber ruhig, langsam getrieben, Ferkel und Läufer mittelmäßig.
Schweinepreise. Ferkel: 10-15 M. —
Ferkel a. F.: Milchschweine 12-17 M. —
Schweine a. D.: Ferkel 12-24, Mutterchweine 115-140 M. —
Waldsee: Milchschweine 12-17 M. —
Oberstentfeld: Milchschweine 8 bis 13 M. —
Rottweil: Milchschweine 11-17 M. —
Wiesbaden: Schweine: Rube 240-300, Kalber 300-400, Jungrind 90-200 M. —
Waldsee: Ochsen 230-400, Rube 150-220, Kalber 205-300, Jungrind 80-170 M. —
Rottweil: junge Ochsen 200-300, trächtige Rube 320-430, Wurfsche 120-200, trächtige Kalbinnen 280-500, Rinder 160-340, Jungrinder 90-180, Zuchtstiere 300-420, Schlachtkühe 180 bis 250, junge Arbeitspferde 600-950 Mark.

Stuttgarter Wochenmarkt. Das Abhalten der Futterpreise hat sich nahezu auf der ganzen Linie fortgesetzt. Landbutter kostete meist 1,2 Zentrilugerbutter 1,3, Raß-Butter 1,4-1,5, Markenbutter 1,6, Butterfett 1,6 M., das Fluid-Mittelschwere und schwere Landbier lösten 10, dünnflüssiger 11 und 12, leichte von 8 bis 10 an aufwärts, der Südschmalz von 13 M. ist leiten geworden. Rette Gänse und Enten lösteten 1 und 1,1 M., Strohpreise bis zu 1,2 M. das Fluid.

Stuttgarter Marktbericht. Auf dem Fruchtmarkt kosteten Weizen 22,30-23,50, Gerste 17-18,50, Roggen 20-20,50, Hafer 15,50-15,80, Speis 18,50-19 M. Auf dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugetrieben: 21 Ochsen, 52 Rube, 47 Rinder, 41 Kalbinnen, 23 Ferkel, 11 Stück Jungvieh, 170 Schweine, 2 Läufer. Verkauf wurden 17 Ochsen, 41 Rube, 34 Rinder, 32 Kalbinnen, 10 Ferkel, 6 Stück Jungvieh, 178 Schweine, 2 Läufer. Preise: Ochsen 200-400, Rube 80-300, Rinder 160-340, Kalbinnen 270-410, Ferkel 100-320, Jungvieh 90-180, Schweine 3-35 pro Paar, Läufer 42 M. pro Paar.

Konkurse

Florsheimer Lebensmittelgeschäft Gb. Luger m. b. H. in Birkenfeld.

Wichtige Nachrichten

Amerika und die Verzögerung der Reparationskonferenz

Washingtons Standpunkt unverändert
Washington, 21. Januar. In amtlichen Kreisen wird eine offizielle Stellungnahme zu dem britisch-französischen Plan einer Verschiebung oder eines Verzichtes der Lausanner Konferenz abgelehnt. Jedoch wurde an maßgebender Stelle angedeutet, daß Europa, wenn es die gegenwärtige Finanzkrise zu politischen Maßnahmen auszunutzen strebe, sich selbst die Folgen zuschreiben habe. Jedenfalls bestehe im Kongreß keine Geneigtheit, sich von Europa übernehmen zu lassen, daß Amerika die Kosten des Weltkrieges übernehmen müsse, damit Frankreich weiterhin gewaltige Summen für Rüstungszwecke ausgeben könne. Amerika bestehe darauf, daß jede Nation an der Abtragung der Kriegsschulden mitarbeite und werde sich durch Drohungen wegen einer angeblichen Einheitsfront Europas gegen Amerika nicht schrecken lassen. Amerika werde daher nichts in der internationalen Schuldenfrage unternehmen, bevor nicht die europäischen Staaten sich unter Berufung auf ihre Schuldverträge einzeln an die Regierung der Vereinigten Staaten gewandt hätten.

Die Opfer des Räuberwunsens in China

Hankow, 21. Januar. Nach Berichten aus chinesischer Quelle sind in den letzten beiden Jahren 164 551 Personen durch die Banditen der Provinz Hupeh getötet worden. 948 000 Personen werden vermißt, 7800 Personen werden von den Räubern festgehalten, um ein Lösegeld zu erpressen. 310 000 Häuser sind von den Banditen eingeebnet worden. Schwere Zusammenstoß zwischen Arbeitslosen und Polizei in Khabut

Khabut, 21. Januar. Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung kam es heute nachmittag zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Versammlungsteilnehmern. Ein Arbeitsloser wurde erschossen und drei Straßenpassanten schwer verletzt.

Geburten

Baiersbrunn: Fritz Kiesel, Hotelier, 48 Jahre alt.

Mutmaßliches Wetter für Samstag

Der Einfluß des südeuropäischen Hochdrucks hält an. Für Samstag ist immer noch mehrschon heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Liederkranz Altensteig.

Die Hauptversammlung
 findet morgen Samstag den 23. ds. Mts., abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Löwen“ statt.
 Unsere Ehren- und passiven Mitglieder werden hiezu freundlichst eingeladen.
 Der Ausschuß.

Kriegerverein Altensteig.

Generalversammlung.

Am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr bei Kamerad Böhler zum „Bahnhof“.

Tages-Ordnung:
 Kassen- und Rechenschaftsbericht,
 Wahlen und Sonstiges. (Sachangelegenheit)
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht.
 Der Ausschuß.

Freie Turnerschaft Altensteig

Am Samstag, den 23. Januar 1932, findet abends 7 Uhr im Gasthaus z. „Engel“ die jährliche

Hauptversammlung

Tages-Ordnung:
 1. Rechnungsbilderichte.
 2. Neuwahlen.
 3. Veranstaltungen im kommenden Jahr.
 4. Sonstiges.
 Die Genossen und Genossinnen werden zum zahlreichen Besuch aufgefordert.
 Der Ausschuß.

Württembergische Landessparkasse



ZWEIGSTELLEN IN

Altensteig: H. Henßler, Fa. Karl Henßler sen.
 Berneck: A. Kratzer, Kaufmann
 Ebhausen: K. F. Schöttle, Kaufmann
 Egenhausen: M. Kalmbach, Gemeindepfleger
 Grömbach: G. Volle, Wagner
 Pfalzgrafenweiler: G. Schillinger, Kaufmann
 Simmersfeld: J. Fr. Hanselmann, Postagente, D.
 Walddorf: Amtsdirektor Halzmann
 Wart: Hauptlehrer Reich

An unsere Zweigstellen (nicht an andere Geldanstalten, wie es oft geschieht) wollen sich auch unsere alten Sparer wegen der Auszahlung von

Aufwertungsguthaben

oder deren Übertragung auf neue Sparkonten wenden. Doch können die alten Sparer ohne Nachteil bis zu einem allgemeinen Aufruf zuwarten, weil ihre Guthaben gleich verzinst werden, wie neue Spareinlagen.

Simmersfeld.

Fortsetzung der Zwangs-Bertheilgerung

wobei vorkommen:
 Restliche Kolonialwaren, Lebensmittel p. p., sowie Eisenwaren, Waschmittel, Betten und einzelne Möbelstücke.
 Zusammenkunft beim Rathaus.
 Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Lorcher astrologischer Kalender für das Jahr 1932

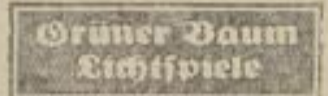
Voraussagen hinsichtlich der Witterung, der Ernte, des Pflanzenwachses, der Krankheiten von Menschen und Tieren.
 190 Seiten stark. Preis Mk. 1.50

Zu haben in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig



Mitgliederversammlung
 am Sonntag, den 24. Jan., nachm. 2 Uhr im Gasthaus zum „Engel“ (Nebenzimmer) in Altensteig.
 Vollzähliges Erscheinen notwendig.



„Kehre zurück alles vergeben“

Ein tolles Lustspiel in 6 Akten mit Dina Gralla in der Hauptrolle. Jeder der für einige Stunden die trägen Setzen vergessen will, besuche diesen Film!

Vorstellungen
 Samstag Abend 8.30 Uhr
 Sonntag Abend 8.30 Uhr
 Jugendliche haben keinen Zutritt!

Saalbau z. „Löwen“ Nagold
 Sonntag, den 24. Januar von 3—12 Uhr große

Öffentliche TANZ-Unterhaltung

Von 7 Uhr ab Kostümball
 Musikkapelle Hohnlofer Pforzheim.
 Eintritt frei! Eintritt frei!



Der allgem. meiste Notlage Rechnung tragend, veranstalten wir bis Monatsende

Sonder-Verkaufstage!

Benützen Sie die Vorteile! (Konto-Breite, ohne Rabatt)

- Ausgangsmehl 00 5 Pfd. Stk. 1.25
- Spezial 0 Mehl 5 Pfd. Stk. 1.15
- Wegmarke f. Pfd. 29
- Sortw.-Isgries „31
- Wollweiz glaskert „25
- Bruchreis „15
- Weiße Bohnen „18
- Rauchfleisch „100
- Am. Schw. Schm. „58
- Wito feinstes „64
- Kofoslett Pfd.-Ztl. „34
- Malzstark off. Pfd. „28
- Kolan offen 1/2 „35
- Kristallzucker „38
- Ortebzucker „38

Mit 5 Proz. Rabatt!
 Stangenkäse 1/2 reif Pfd. 45

- Deffertkäse 6 teil. Kart. 35
- Gemüsenudeln Pfd. 38
- u. Mattaroni im G. 46
- Bismardheringe 1/2r. Dose 73

Wer verkauft einen kleinen **Kaffe-Hund?**
 Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Städt. Sparkasse Altensteig.



Vermögens-Ausstellung

auf 31. Dezember 1931

Forderungen	Betrag RM.	Berpflichtungen	Betrag RM.
Kasse	8909 46	Giroeinlagen	241 013 90
Girokredite	764 281 75	Zwischenkonten	3 323 56
Zwischenkonten	11 893 13	Spareinlagen	1262 073 48
Württ. Girozentrale		Langfristige Einlagen	1087 461 06
a) Laufendes Konto	30 337 69	Anleihen	20 000 —
b) Betriebskapital-Konto	23 100 —	Allgemeine Rücklage	85 000 —
Postsparkonto	13 45 95	Sonder Rücklage	15 000 —
Wechsel	146 850 —	Gewinnertrag auf neue Rechnung	343 35
Wertpapiere:			
Nennwert 153 000 RM.	132 625 —		
Hypothekendarlehen	1304 974 34		
Bürgschaftsdarlehen	19 468 01		
Faustpfanddarlehen	4 876 66		
Verbilligte Baudarlehen	43 016 95		
Darlehen an öffentl. Körpersch.	193 034 41		
Darlehen an Genossenschaften	4 500 —		
Einrichtung	1 —		
Gebäude u. Grundstücke	25 000 —		
Zusammen	2 714 215 35		2 714 215 35

Jahresumsatz auf einer Hauptbuchseite RM. 23 132 146.72

Den 21. Januar 1932.

Städt. Sparkasse Altensteig
Walz, Armbruster.

Erfüllungspolitik — oder Politik der nationalen Notwendigkeit?

Ueber dieses Thema spricht:

Herr Studienrat Sauter-Stuttgart, Spitzenkandidat unseres Wahlkreises am Samstag, den 23. Januar 1932, abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Sternen“ in Altensteig. In diesem Vortrag wird eingeladen

Deutschnationale Volkspartei (Bürgerpartei)

Ortsgruppe Altensteig

Am Sonntag, den 24. Januar 1932, nachmittags 2 Uhr spricht Herr Studienrat Sauter im „Waldhornsaal“ in Ebhausen

Altensteig

Verkaufe morgen vormittag von 9 Uhr ab im Freibanklokal gesundes, fettes

Ruhfleisch

das Pfd. zu 45 Pfennig
 Martin Luz.

Suche

700-800 M.

gegen erste Sicherheit und pünktliche halbjährliche Zinszahlung aufzunehmen. Offerten an die Geschäftsstelle ds. Bls.

2.05

Volksausgaben zu 2.85 und 2.— im Schaufenster der Buchhandlung Lauk

2.-

Egenhausen.

Am Sonntag, den 24. Januar 1932

Tanz-Unterhaltung

im „Dörsensaal“, wozu freundlichst einladen

Sportfreunde Egenhausen



CCN Bausparkasse Leonberg (Württemberg)

Unkündbare 4%ige Darlehen zu Hausbau, Hypothekenablösung, Existenzgründung.
 Auskunft und Prospekte durch Hauptvertreter:
 H. Walcher, Stuttgart, Römerstr. 72.

Altensteig.

Wohnhaus-Verkauf



Die Hälfte eines Wohnhauses mit 4 Zimmern, reichlichem Zubehör und mit größerem Gemüse- u. Obstgarten in sommerlicher Lage ist sofort zu verkaufen. Näheres durch die Geschäftsstelle des Blattes.

